

BESCHLÜSSE

69. LANDESPARTEITAG

Tholey, 16. November 2019

Allgemeine Beschlüsse (A)
und
Satzungsändernde Beschlüsse (S)



CDU SAAR

Beschlüsse des 69. Landesparteitages der CDU Saar

Beschluss A1

„Volkspartei mit Zukunft“ – Die CDU Saar als große, moderne Mitglieder-, Mitmach- und Volkspartei stärken und weiterentwickeln

Die CDU Saar ist die große Mitglieder-, Mitmach- und Volkspartei. Wir sind in unserem Bundesland fest verwurzelt. Unser Organisationsgrad – die Mitgliederzahl in Bezug zur Gesamtbevölkerung – ist der höchste aller CDU-Landesverbände. Bei den Kommunal- und Europawahlen 2019 haben wir jeweils die bundesweit besten CDU-Ergebnisse erzielt, und bei der Landtagswahl 2017 haben wir eindrucksvoll gezeigt, dass Wahlergebnisse von 40 Prozent und mehr für die Union auch in einer zunehmend sich ausdifferenzierenden Parteienlandschaft weiterhin möglich sind.

Seit 1999 ist die CDU Saar wieder die klar stärkste politische Kraft in der Landesregierung. Seither ist es gelungen, auch schwierige Herausforderungen zu einem guten Ergebnis für unser Land zu führen. Ein Schlüssel zu diesem Erfolg war es, unsere Partei immer wieder in den unterschiedlichen Bereichen zu erneuern und weiterzuentwickeln. Dieser Aufgabe fühlen wir uns weiter verpflichtet.

Um bei sich stetig ändernden Rahmenbedingungen auch in Zukunft erfolgreich zu sein, sind wir permanent gefordert, zeitgemäße Antworten für unsere Parteiarbeit zu finden. So wie es uns in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gelungen ist, Bewährtes und Modernes zu verbinden, wollen wir uns auch jetzt erneuern und für die kommenden Herausforderungen gut aufstellen.

Nach dem bewährten Motto „Erst das Land, dann die Partei, dann die Person“ wollen wir als CDU Saar die Zukunft unseres Landes weiter gestalten. Dabei wissen wir: Das wird uns nur aus der Mitte heraus gelingen. Zukunft macht man nicht mit links, und Zukunft macht man nicht mit rechts. Deshalb werden wir auch künftig die große und moderne Volkspartei der Mitte bleiben!

Der Landesvorstand der CDU Saar hat die Neugründung eines Landesfachausschusses „Moderne Volkspartei“ beschlossen. Dieser wird vom Landesparteitag beauftragt, sich den genannten Themen und Aufgaben anzunehmen und für den nächsten Landesparteitag konkrete Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten und vorzulegen.

Fest verwurzelt im ganzen Land – Die CDU Saar als Mitgliederpartei

Wir bauen auf die Erfahrung unserer älteren und langjährigen Mitglieder. Zugleich sind wir gefordert, unsere Mitgliederbasis zu vergrößern und neuen Mitgliedern von Beginn an mehr Möglichkeiten zu geben, aktiv mitzuwirken. Auch muss es stärker darum gehen, mit den gesellschaftlichen Gruppen im Gespräch zu sein und möglichst alle einzubinden, die uns und unsere Grundsätze unterstützen – egal ob Jung oder Alt, Frau oder Mann, in den Städten und Gemeinden, Orten und Dörfern. Hierzu wollen wir:

1. den Mehrwert der Mitgliedschaft stärken
2. Familienmitgliedschaften für Ehe- bzw. eingetragene Lebenspartner und in der Familiengemeinschaft lebende Kinder flächendeckend einführen
3. Probemitgliedschaften etablieren
4. die Neumitgliederwerbung vor Ort unterstützen
5. Mitgliederbeauftragte flächendeckend etablieren
6. ein „Willkommensmanagement“ für Neumitglieder entwickeln
7. Eintritts-Standards zur Aufnahme neuer Mitglieder in der Satzung verankern
8. den digitalen Mitgliedsausweis einführen
9. regelmäßige Informationen für alle Mitglieder verstetigen
10. neue Möglichkeiten der Mitgliedschaft schaffen – ortsungebunden und digital

Direkter und individueller – Die CDU Saar als Mitmachpartei

Grundvoraussetzung für unseren Erfolg als Volkspartei sind unsere Mitglieder und Anhänger. Starke Ortsverbände sind unverzichtbar für eine flächendeckende Verankerung im ganzen Land und seiner Bevölkerung. Gemeinsam anpacken und etwas bewegen – das wollen wir fördern und die Mitmachmöglichkeiten in unserer Partei weiterentwickeln, um die Anforderungen an eine moderne Mitmachpartei zu erfüllen. Hierzu wollen wir:

1. Vorstandssitzungen für alle interessierten Mitglieder öffnen
2. das Ehrenamt in administrativen Bereichen entlasten
3. die Arbeit der Landefachausschüsse, Arbeits- und Gesprächskreise ausbauen
4. themen- und projektbezogene Foren für alle interessierten Mitglieder schaffen
5. virtuelle Beratungsformate einführen
6. digitale Kontaktdaten möglichst vieler Mitglieder gewinnen
7. Digitalbeauftragte als Wahlamt in der Satzung verankern
8. Online-Umfragen etablieren
9. zielgerichtet und regelmäßig mit Kampagnen online und im ganzen Land präsent sein
10. die Basisbeteiligung an Parteitagern stärken

Zukunftsfähig durch Vielfalt – Die CDU Saar als moderne Volkspartei

Zur Volkspartei gehört, in allen Bevölkerungsgruppen und Schichten verankert zu sein. Unser Ziel ist daher, dass unsere Mitgliederstruktur die Bevölkerung so breit wie möglich abbildet. Wir wollen unseren bestehenden Mitgliedern weiterhin politische Heimat sein und zusätzlich stärker neue Mitglieder für uns gewinnen. Einen besonderen Schwerpunkt setzen wir dabei auf Frauen sowie junge Menschen. Hierzu wollen wir:

1. mehr JU-Mitglieder für die CDU Saar begeistern
2. einen Stellvertreter für die junge Generation in Vorständen vorsehen
3. unsere weibliche Mitglieder- und Funktionsträgerbasis verbreitern
4. die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen in unserer Partei verwirklichen
5. die Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement verbessern
6. ein größeres Weiterbildungs- und Schulungsangebot schaffen
7. unsere Kandidatenförderung ausbauen
8. ein Mentoring-Programm für die CDU Saar nach Vorbild der Frauen Union Saar entwickeln
9. unsere Präsenz vor Ort mit Geschäftsstellen, Quartierbüros etc. stärken
10. Tür-zu-Tür-Aktivitäten auch jenseits von Wahlkämpfen umsetzen

Mit diesen Positionen stellen die Weichen dafür, dass ein wesentlicher Schwerpunkt unserer kommenden Arbeit die Erneuerung und Weiterentwicklung unserer CDU Saar sein wird – personell, strukturell wie inhaltlich. Für uns ist klar: Wir wollen dauerhaft Mitglieder-, Mitmach- und Volkspartei sein!

Beschluss A2

Das digitale Saarland 2030: Innovationsplattform für Deutschland und Europa

I. Präambel: Unsere Digitalpolitik

International beobachten wir einen Strukturwandel, dessen Entwicklungszyklen immer kürzer werden. Die Digitalisierung wird die Welt nachhaltig verändern. Das Internet hat bereits vor zwanzig Jahren das Potenzial aufgezeigt, das mit Digitalisierung und Vernetzung möglich einhergeht. Automatisierung, Künstliche Intelligenz (KI) und Cybersicherheit in all ihren Facetten werden in ihrer Querschnittlichkeit alle Lebensbereiche mit einer bisher ungeahnten Wucht verändern: Von der Industrie und Produktion über Mobilität, Gesundheit, Verwaltung bis hin zur Inneren Sicherheit und Verteidigung werden wir tiefgreifende Änderungen erleben. Unser Anspruch als CDU Saar ist es, diesen digitalen Wandel verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu gestalten. Wir wollen den kontinuierlichen digitalen Wandel in unserer Gesellschaft verankern und die Menschen motivieren, das Saarland zum Gewinnerland der jetzigen und kommenden Veränderungen zu machen.

Die Digitalpolitik der CDU Saar ist zukunfts-, chancen- und lösungsorientiert. Wir nutzen die Stärken und Chancen der Digitalisierung, ohne die damit einhergehenden Risiken zu verharmlosen. Dabei werden wir die Kraft aufbringen müssen, auch eigene Entscheidungen der Vergangenheit und eingeübte Verfahren in Frage zu stellen und neue Wege zu suchen und zu gehen.

Digitalpolitik für die gesamte Gesellschaft

Die CDU Saar ist eine Volkspartei. Unsere Digitalpolitik richtet sich an alle Menschen in unserem Land. Wir wissen um die Sorgen der Menschen und sind uns bewusst, dass sie teilweise Angst um ihre Daten oder gar um ihren Arbeitsplatz haben. Das nehmen wir ernst und verschweigen auch nicht, dass durch Digitalisierung auch Jobs wegfallen. Klar ist jedoch: Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern sie muss den Menschen dienen. Wir sind davon überzeugt, dass digitale Technologien ein wichtiger Teil der Lösung für die großen Fragen unserer Zeit sind. Wir wollen, dass die Saarländerinnen und Saarländer hieran mitarbeiten und davon profitieren.

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung im Land ist, dass wir digitale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge begreifen und den Menschen zur Verfügung stellen. In Regionen, in denen der Wettbewerb versagt, muss der Staat gemeinsam mit den Marktteilnehmern für die entsprechende Infrastruktur sorgen.

Unser bildungspolitisches Leitbild für das digitale Zeitalter

Damit der Mensch in die Lage versetzt wird, im Sinne seiner Interessen, mündig und kreativ mit den Möglichkeiten der digitalen Technologien umgehen zu können, ist ein neues bildungspolitisches Leitbild notwendig. Dieses soll helfen, die Menschen zu befähigen, digitale Daten

und Technologien zu nutzen, um Probleme und Chancen anzugehen. Wir begreifen algorithmisches Denken und die Fähigkeit, sich immer wieder an sich wandelnde Rahmenbedingungen anzupassen als ganz entscheidende Kulturtechnik der Zukunft. Als Schlüsselkompetenz ist Computing für alle ab der Grundschule daher unverzichtbar. Dabei geht es nicht allein darum, dass Schülerinnen und Schülern Grundkenntnisse im Programmieren erwerben. Vielmehr geht es um umfassendes algorithmisches und vernetztes Denken, den Umgang mit und die Nutzung von Daten, informatisches Verständnis sowie Informations- und Methodenkompetenz, ohne die Vermittlung von Wissen und Lerninhalten zu vernachlässigen. Kreativität, soziale Kompetenzen und die Übernahme von Verantwortung werden in der Arbeitswelt der Zukunft an Bedeutung gewinnen. Auch das muss Teil eines bildungspolitischen Leitbildes sein. Diese Fähigkeiten sollen dazu befähigen, ein echtes lebenslanges Lernen und selbstständiges Weiterbilden zu gestalten. Die Innovationszyklen der Digitalisierung erfordern im Vergleich zu früheren Jahrzehnten wesentlich verkürzte Lern- und Fortbildungszyklen. Hervorragende (Weiter-)Bildung ist ein zentraler Baustein für eine erfolgreiche digitale Gesellschaft im globalen Wettbewerb.

Die Rolle des Staates im digitalen Zeitalter

Unsere Gesellschaft besteht aus ganz unterschiedlichen Menschen mit individuellen Geschwindigkeiten und Ambitionen. Für die digitale Entwicklung heißt es, dies zu anzunehmen, aber auch die Innovationstreiber zu unterstützen, die nach neuen Lösungen suchen. Deshalb wollen wir weg vom Grundsatz der Datensparsamkeit und hin zur Datensouveränität. Neue Chancen und Möglichkeiten sollen nicht durch Datenschutz blockiert, sondern durch Datensicherheit, Interoperabilität, Datenportabilität und Datentreuhändertum ermöglicht werden. Für die CDU Saar ist zentral, dass den Bürgerinnen und Bürgern auch im digitalen Zeitalter ein verlässlicher, kompetenter und handlungsfähiger Staat gegenübertritt, der die individuellen Rechte und die Freiheit eines Jeden schützt, ohne Chancen zu verbauen. Das gilt insbesondere für Persönlichkeitsrechte wie den Schutz der Privatsphäre oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Wir positionieren uns klar gegen Hass und Hetze, Extremismus und Menschenfeindlichkeit jeder Couleur; egal, wo und in welchem Medium sie ihren Ausdruck finden.

II. Saarland als Innovationsplattform

Wir wollen mit einer innovativen Digitalpolitik für das Saarland den Strukturwandel erfolgreich gestalten und das Saarland zum Vorreiter machen. Nach unserer Vorstellung ist das Saarland im Jahr 2030 die Herzkammer Europas für digitale Souveränität, Fortschrittlichkeit und der Garant für die Zukunftsfähigkeit in Frieden und Freiheit in der analogen wie der digitalen Welt.

Das Saarland soll Plattform für digitale Innovationen werden. Dazu setzen wir auf die Bereitstellung einer zentralen Plattform und offener Schnittstellen, vor allem aber auch auf die Innovations- und Schaffenskraft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die CDU Saar tritt dafür ein, dass der Staat künftig seine (Digital-)Dienstleistungen und -Angebote nicht mehr vollständig und alleine organisiert. Wir streben einen weiten Raum für eine Vielzahl von Akteuren, seien es Startups, seien es aufstrebende Mittelständler oder etablierte Unternehmen, an. Wir wollen die vielen Kreativen in unserem Land, den starken IT-Mittelstand und die Startup-Gründer ermutigen, das Saarland digital auf einen Spitzenplatz in Europa zu bringen. Wir setzen auf ein deutliches Mehr an Freiheit, auf den Mut Dinge zu ermöglichen und auf den Einsatz jedes Einzelnen. Wir definieren die Schnittstellen und stellen den Rahmen sicher. Die Systeme können sowohl von staatlichen Akteuren auf Landes- oder kommunaler Ebene betrieben werden, als auch vertrauenswürdigen privatwirtschaftlichen Unternehmen, so wie es in Ansätzen bereits gute Praxis ist. Klar ist dabei: Innovationen fußen auf Investitionen. Nur

durch eine gemeinsame Kraftanstrengung und ausreichende finanzielle Mittel wird es uns gelingen, bundesweit an die Tabellenspitze bei Innovation und Digitalisierung zu kommen. KI-Anwendungen als Querschnitts- und Schlüsseltechnologien des digitalen Zeitalters werden ausgebaut und gefördert. Dazu wird der hierfür notwendige Zugang zu Test- und Trainingsdaten vereinfacht. Wir konzentrieren uns dabei auf die bereits vorhandenen umfangreichen Kenntnisse in den Bereichen Bereich Smart Production, Smart Sensoring, Smart Mobility, Life Sciences und Material Sciences. Wir wollen die Leistungsträger im Saarland fit machen für die kommende digitale Revolutionswelle und sicherstellen, dass das Saarland bedeutenden Anteil an der globalen digitalen Wertschöpfung hat.

Mittelstand und Startups als Motoren im digitalen Zeitalter

Die Stärke des Saarlandes sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen und die agilen Startups, auf die wir bei der Digitalisierung setzen. Offenheit zur Realisierung innovativer Ideen ist dabei unser Leitmotiv. Wir fördern Unternehmen und Startups, die sich konsequent dieser Idee verschreiben und Interoperabilität ohne Hürden ermöglichen. Damit eröffnen wir den Wettbewerb um globale digitale Champions. Der Staat wird dabei zum ersten Kunden, um nicht nur finanzielle Förderung zu geben, sondern digitalen Innovationen Marktkraft und Glaubwürdigkeit mitzugeben. Startups und der Mittelstand sollen zudem dadurch unterstützt werden, Zugang zu den exzellenten Forschungsergebnissen im Saarland zu erhalten, um damit den Transfer von Technologien in die Wertschöpfung hinein zu unterstützen. Das Saarland hat bereits seit Kurzem – obwohl viele nicht daran glaubten – ein erstes Unicorn (Unternehmen mit einer Marktbewertung von mind. 1 Mrd. Euro). Wir wollen diesen Weg mit ambitionierten Zielen weiterverfolgen. Hierfür haben wir den CISP Innovation Campus mit rund 10 Hektar Zielgröße und einer expliziten Fokussierung auf KI und Cybersicherheit auf den Weg gebracht. Nur mit einer solchen klaren Schwerpunktsetzung und einer kritischen Größe wird es gelingen, eine über Deutschland hinaus reichende Sichtbarkeit und eine Markenkernbildung zu realisieren. Mit dem Saar Tech Cycle wollen wir einen neuen Weg gehen, um technologiebasierte Geschäftsmodelle und innovative Produktideen konsequent vom Kunden her zu denken, was bisherige Ansätze auf den Kopf stellt. Klar ist: Für ein erfolgreiches Startup-Ökosystem braucht es ein finanzielles Ökosystem, in dem sich nicht nur der Staat, sondern auch private Akteure engagieren.

Wettbewerb und Bürgerzentriertheit als Leitbild

Wir wollen bei öffentlichen Digitalprojekten mehr Wettbewerb und werden dafür auch neue Bezahlmodelle testen, die auf der Nutzung durch den Bürger aufsetzen. Wir schaffen im Sinne einer offenen Plattform den Rahmen, damit vielfältigere Angebote entstehen und in Wettbewerb zueinander treten können. So stellen wir sicher, dass die konsequente Nutzerorientierung, der sich viele der erfolgreichsten Digitalunternehmen verschrieben haben, auf das digitale Verhältnis zwischen Staat und Bürger übertragen wird. Die Konzentration auf den Bürger und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt der digitalen Welt ist unsere künftige Maxime für die staatlich betriebene Digitalisierung.

Der Staat als Motor für neue Geschäftsmodelle

Innovative digitale Geschäftsmodelle brauchen Raum zur Entwicklung. Der regulatorische Rahmen muss dies fördern und Handlungssicherheit bieten. Der Staat setzt zudem in seiner Beschaffungsstrategie zukünftig konsequent auf Innovation und wettbewerbliche Verfahren. Wir starten eine Initiative, um künftig bei der Beschaffung den Staat zum Motor für neue Technologien zu machen.

Der Staat als „ermöglichende Institution“ setzt darauf, bürokratische Hürden für Innovationen zu reduzieren und für Innovationen Märkte zu schaffen, die nicht zuletzt für Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen attraktiv sind.

Agilität im Regierungshandeln

Die Digitalisierung steht im Spannungsfeld zwischen immer kürzeren Innovationszyklen moderner Technologien, die eine hohe Agilität erfordern, und der Erwartungshaltung von Gesellschaft und Wirtschaft, dass der Staat Planbarkeit und Sicherheit gewährleistet. Daher müssen andere Mechanismen gefunden werden, um den Anspruch der Verlässlichkeit mit der Notwendigkeit der Agilität und Geschwindigkeit zu vereinen.

Bei digitalen Projekten müssen Ideen schnell getestet, dann klar evaluiert, im Zweifelsfall angepasst, und – wenn sie marktreif sind – konsequent ausgerollt werden. Es kommt darauf an, die Gesetzgebung und Umsetzung bei digitalen Vorhaben so zu steuern, dass schnelle Veränderungen möglich sind. Diese Maßnahmen sollen schnell beginnen, agil und schrittweise umgesetzt werden.

Reallabore/Sandboxing – Freiräume für die Innovationen von Übermorgen

In der Wirtschaft und anderen erfolgreichen Volkswirtschaften ist es bereits gute Praxis: Neue Ideen werden zunächst in einem begrenzten Bereich (Sandbox, Reallabor) angewandt, getestet und evaluiert. Von dort aus wird das Angebot dann schrittweise in der Fläche ausgerollt – angefangen bei freiwilligen Vorreitern – mit dem Ziel, ein hohes Maß an Akzeptanz zu erreichen. Das Saarland bietet durch Größe und Struktur einen idealen Raum, um für Deutschland, aber auch für Europa zum Vorreiter zu werden und Innovationen anzuziehen. Damit kann sich unser Land an die Speerspitze der Entwicklung stellen.

Wenn der Staat die Chancen von digitaler Bearbeitung und KI nutzen will, müssen Gesetze und Verordnungen so konzipiert sein, dass eine automatisierte Bearbeitung von Anfang an mitgedacht wird. Dies bietet die Chance, Systeme besser aufeinander abzustimmen und mehr Rechtssicherheit, Vergleichbarkeit, Schnelligkeit und Transparenz zu erreichen. Dies setzt gleichzeitig enorme Ressourcen frei, die für andere Aufgaben des Staates genutzt werden können.

III. Bereiche, in den wir konkret das Saarland als Innovationsplattform voranbringen wollen:

Um die Innovationsplattform erlebbar zu machen, geben wir konkreten Bereichen Vorrang, in denen wir das Saarland in den nächsten Jahren konsequent voranbringen wollen:

Cyberagentur

Mit der Schaffung einer Cyberagentur und der weiteren Bündelung der Digitalisierungs- und IT-Strukturen im Land wollen wir die Grundlage für die operative Umsetzung der Innovationsplattform legen.

Dabei wollen wir die Verwaltungs-IT von Land und Kommunen weiter professionalisieren und gleichzeitig digitale Leuchttürme schaffen, die weit über die Landesgrenzen hinaus sichtbar sind, als Vorbild dienen und zum Geschäftsmodell werden können.

Unsere Vorstellung: Das Saarland stellt eine breite Daten- und Prozess-Plattform als Kerninfrastruktur der Digitalisierung bereit. Über offene Schnittstellen sollen Firmen, Startups, aber auch Open Source Entwickler und Forscher attraktive Lösungen für Staat, Kommunen und seine Bürgerinnen und Bürger gestalten.

Bislang übernimmt sich der Staat bei den großen Digitalisierungsprojekten häufig, weil am digitalen Reißbrett zu komplexe Lösungen entwickelt werden. Wir setzen künftig darauf, dass sich der Staat darauf konzentriert, die Infrastruktur und den Rahmen zu gestalten, um dann offen für kleine und agile Lösungen zu sein. Nach diesem Prinzip haben wir den Digitalen Bauantrag auf den Weg gebracht. Die Verwaltung definiert offene Schnittstellen und stellt die Plattform bereit, die besten Endnutzerlösungen entstehen dann im Wettbewerb. Das ist künftig das Grundprinzip für die IT-Projekte im Saarland!

Digitalgesetzbuch und Digitalisierungsgrundsätzegesetz

Mit dem Saarländischen Digitalisierungsgesetzbuch wollen wir nicht nur bestehende Regelungen zur Schriftformerfordernis und zum persönlichen Erscheinen bei Behörden auf ihre Notwendigkeit hin kritisch überprüfen und wo immer möglich abschaffen. Vielmehr wird ein moderner Rechtsrahmen geschaffen, der den Anforderungen an Gesetze und Normen im Hinblick auf die Digitalisierung Rechnung trägt und auch für künftige Gesetze einen geeigneten Rahmen setzt. In einem Digitalisierungsgrundsätzegesetz wollen wir der Bedeutung der Digitalisierung gerecht werden und einen Rechtsrahmen schaffen, der einen Test-Raum für agile Geschäftsmodelle und neue Technologien bereitstellt.

Innovationsfeld Pflege und Gesundheit

Die Menschen werden immer älter und digitale Technologien helfen dabei, auch im Alter sicher und komfortabel zu Hause leben zu können. Auch im Bereich der Robotik und KI wollen wir Impulse und Anregungen für die Entwicklungen in der ambulanten Pflege bieten. Nicht zuletzt für den ländlichen Raum sind digitale Technologien Antworten auf aktuelle Fragen im Bereich der Pflege.

Digitale Medizin kann die Gesundheitsversorgung qualitativ verbessern, effektiver und effizienter machen. Gleichzeitig erwächst hier in Anbetracht der demographischen Entwicklung auch ein gewichtiger Industriezweig für das Land. Mit den Hochschulen und den Forschungsinstituten wie dem Fraunhofer IBMT, der Leibniz-Einrichtung INM und dem Helmholtz-Zentrum HIPS haben wir bereits starke Einrichtungen für innovative Forschung im Innovationsfeld Gesundheit im Saarland geschaffen. Gemeinsam mit den starken Akteuren in diesem Feld wollen wir daran arbeiten, dass die Life Sciences als bedeutender Forschungs- und Wirtschaftszweig an Bedeutung gewinnen. Digitale Medizin wird Teil des Alltags der Menschen.

IV. Unser Ausblick auf das digitale Saarland 2030

Wir sehen die Herausforderungen der Digitalisierung, aber vor allen Dingen sehen wir die Chancen und greifen diese beherzt auf. Unser Ziel ist, dass das Saarland 2030 aus eigener Kraft gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten kann. Dazu wollen wir das Saarland zur Innovationsplattform und Herzkammer für KI und Cybersicherheit in Europa machen. Wir setzen auf Innovation, Digitalisierung und Agilität für einen erfolgreichen Strukturwandel in unserem Bundesland. Ein wichtiges Werkzeug für die Steuerung der Digitalisierung und Innovation ist die Digitalisierungsroadmap, die im Digitalisierungsrat im Februar 2019 auf den Weg gebracht wurde.

Unsere Perspektive hat digitale Innovationen und technischen Fortschritt im Blick, um Herausforderungen zu meistern. Hier sehen wir den Schlüssel, um Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung, Zusammenleben und Klimaschutz zu verbessern, die Distanz zwischen Stadt und Land zu überwinden und länger selbstbestimmtes Leben im Alter auf hohem Niveau zu ermöglichen.

Unsere Perspektive ist global, unser Weg aber regional, national und vor allem europäisch. Gerade im digitalen Bereich preschen China und die USA mit einer ungeheuren Dynamik voran. Das ist das Umfeld, in dem wir als Saarländer, Deutsche und Europäer unsere Digitalpolitik gestalten. Wir müssen in Europa stärker das Wesentliche vorantreiben. Das erfordert mutige Reformen, das erfordert auch harte Entscheidungen und die klare Priorisierung von Maßnahmen, um die verfügbaren Mittel zielgerichtet einsetzen zu können. Und es erfordert in erster Linie einen Vorreiter im Herzen Europas, ein Saarland, das als Innovationsplattform ein Vorbild für Deutschland und darüber hinaus darstellt.

Ein Land. Eine Struktur. Ein Ticket. – Unser Fahrplan zu einem attraktiven ÖPNV im Saarland bis 2025

Mobilität ist wichtig für die Lebensqualität im Saarland. Gerade mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum kann ein gut ausgebauter ÖPNV einen entscheidenden Beitrag leisten. Lebenswerte Heimat im ländlichen Raum braucht eine gute Anbindung auch über den ÖPNV an die Städte, an Schulen und Universitäten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse bedingen auch eine gute verkehrstechnische Anbindung an Infrastrukturen, die es leider in unseren Dörfern zum Teil nicht mehr gibt. Zu attraktiven Wohnregionen im ländlichen Raum gehört ein attraktiver ÖPNV!

Darüber hinaus ist der ÖPNV ein wichtiger Faktor in Sachen Klimaschutz. Das Mobilitätsverhalten der meisten Saarländer ist momentan stark durch das Auto geprägt. Umfragen belegen jedoch, dass bei vielen, aus Sorge um den Klimaschutz, das Bewusstsein für das eigene ökologische Mobilitätsverhalten gewachsen ist und sich Mobilitätsbedürfnisse auch entsprechend verändern. Es besteht die Bereitschaft vom Individualverkehr zumindest teilweise auf den klimaschonenderen öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Ein attraktiver ÖPNV ist Teil unserer Klimaschutzpolitik!

Außerdem ist der ÖPNV nicht nur für Berufstätige, Schüler und viele Studenten, sondern auch, in unserer alternden Gesellschaft, für immer mehr Senioren Grundvoraussetzung für Mobilität und für ihre Teilhabe am sozialen Leben.

Wir wehren uns allerdings gegen politische Konzepte, die die Menschen umerziehen wollen. Daher wollen wir eine Verkehrspolitik, die den ÖPNV nicht in der Gegnerschaft zum Auto entwickelt, sondern die vernetzt denkt und den Bürgern die tatsächliche Wahl lässt, wie sie ihre Mobilität gestalten wollen. Dafür braucht es aber zunächst einen ÖPNV, der für mehr Menschen eine echte Alternative darstellen kann. Ein attraktiver ÖPNV muss erreichbar, bezahlbar und bedarfsgerecht sein!

Der ÖPNV im Saarland heute: Viel Luft nach Oben!

Die im Saarland vorhandenen Strukturen und Zuständigkeiten erweisen sich in zunehmendem Maße als überholt und als Hemmnis für eine sinnvolle Weiterentwicklung des ÖPNV. Eine unzureichende Abstimmung der Fahrpläne, ein nicht mehr zeitgemäßes und komplexes Preissystem (Wabensystem) und eine sehr kleinteilige Organisationsstruktur (mit zum Beispiel 10 Aufgabenträgern) machen den ÖPNV im Saarland heute aus. Dazu kommen eine schlechte Taktung und eine untereinander unzureichend abgestimmte Bestellung der Verkehre zwischen den einzelnen Kommunen durch die unterschiedlichen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen. Die Verantwortlichkeiten im ÖPNV sind aktuell über viele Ebenen verteilt, vom Land über die Kreise bis zu den Gemeinden.

Fahrgäste müssen heute mitunter einen enormen Zeitaufwand in Kauf nehmen, um beispielsweise von kleineren Ortschaften im ländlichen Raum zur nächstgrößeren Stadt zu gelangen. Zum Teil ist dies gar durch fehlende Anbindungen nahezu unmöglich. Selbst Schulkinder aus kleineren Ortschaften können eine Freiwillige Ganztagschule teils nur besuchen, wenn elterliche Fahrgemeinschaften vorhanden sind – ein wesentlicher Nachteil auch mit Blick auf die Attraktivität des ländlichen Raums als Heimat für junge Familien. Daher ist es entscheidend, den ÖPNV im Saarland innovativ und zeitgemäß aufzustellen.

Neue Wege – neue Lösungen

Gerade das Saarland als kleinstes Flächen-Bundesland hat die Chance mit einer zukunftsfähigen Struktur und erweiterten digitalen Möglichkeiten neue Wege zu gehen:

- 1.) Über die Bündelung bei zukünftig nur noch einem Aufgabenträger können Schnittstellen entfallen. Gerade Strecken, die Kreisgrenzen überschreiten, werden so besser aufeinander abgestimmt und umfassender geplant werden.
- 2.) Wir wollen verlässliche Mindeststandards für die Anbindung jedes Ortsteils an die Mittelzentren der Kreise einführen, die eine gleichmäßige Anbindung des ländlichen Raums sicherstellen und somit auch im Land für gleichwertige Mobilitätsqualität sorgen. Die innerörtlichen Verkehre, deren Finanzierung durch die Kommunen aufgrund ihrer schwierigen Haushaltslage teilweise in Frage gestellt wird, wollen wir erhalten. Mit Bürgerbussen können neue attraktive Angebote geschaffen werden, die Mobilität einfach und erreichbar machen.
- 3.) Ein einziger, einheitlicher Verkehrsverbund ermöglicht darüber hinaus ein einziges, einheitliches Ticket- und Preissystem ohne bürokratischen Aufwand für die Verrechnung der genutzten Verkehrsmittel. Die bisher intransparente Verteilung der Einnahmen aus Zeitkarten, Schüler- und Semestertickets kann wegfallen. Außerdem sparen wir so Personal in den Verwaltungen ein und erreichen Synergieeffekte, wodurch wir mehr in die Steigerung von Qualität und Zuverlässigkeit investieren können.
- 4.) Für den Nutzer schaffen wir so mehr Übersichtlichkeit bei der Preisgestaltung. Zukünftig soll es im Saarland höchstens drei Verkehrsringe geben, die um Saarbrücken gelegt werden und innerhalb der Landesgrenze maßgeblich für die Preisgestaltung sein sollen. Die Landeshauptstadt Saarbrücken stellt das Zentrum dar, der mittlere Ring umfasst die Städte Homburg, Neunkirchen und Saarlouis. Im äußeren Ring liegen St. Wendel und Merzig. Bewegt man sich innerhalb eines Ringes, gilt der Nahpreis, unabhängig davon, innerhalb welchen Rings man bleibt. Darüber hinaus gibt es einen Mittelstreckentarif, wenn man aus einem Ring in den anderen und einen Saarlandtarif, wenn man drei Ringe durchschreiten möchte. Das Angebot soll durch vergünstigte Monatskarten für Schüler, Auszubildende und Senioren ergänzt werden.
- 5.) Auch die Einführung eines 365 €-Jahrestickets sowie eines entsprechend preisreduzierten Monatstickets – das insbesondere für Seniorinnen und Senioren, aber auch für Schüler und kinderreiche Familien attraktiv ist – wird perspektivisch angestrebt. Das Semesterticket für Studierende soll beibehalten werden, da es auf dem Solidaritätsprinzip beruht und außerdem dem ÖPNV verlässliche Einnahmen und eine zuverlässige Auslastung garantiert; die eigenverantwortliche Preisverhandlung durch die Studierenden selbst hat sich dabei grundsätzlich bewährt. Um all dies zu erreichen, muss aber zunächst das Angebot so ausgebaut sein, dass ein günstiger Preis nicht das alleinige Kriterium darstellt. Dafür ist auch eine gute Taktung notwendig. Ausgehend vom Deutschlandtakt sollen auch innerhalb unserer Landesgrenzen die öffentlichen Verkehrsmittel angepasst an die Fernverkehre und nachfolgend nach der Systembedeutung der Verkehrsmittel gegliedert, getaktet werden.
- 6.) Im ländlichen Raum ist aber auch die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsmittel entscheidend. Gerade die letzten Wege vom Bahnhof bis zur eigenen Haustür scheitern oft an fehlenden Verbindungen, schlechter Taktung oder weiten Wegen und machen so die Nutzung des ÖPNV unattraktiv. Eine Planung, die sowohl den eigenen

PKW als auch appgestützte Sammeltaxen, Fahrräder, Pedelecs oder auch E-Scooter aufeinander abstimmt und die Verknüpfung ermöglicht, kann die Menschen überzeugen, zumindest eine Teilstrecke mit dem ÖPNV zurück zu legen. Dies können zum einen Bürgerbusse bei stark nachgefragten und trotzdem unrentablen Strecken leisten. Weiteres Potenzial bieten appgesteuerte Sammeltaxen und nachfrageorientierte Konzepte (mobility-on-demand), wie Tür-zu-Tür-Lösungen, die auch bis zur eigenen Haustür genutzt werden können. Diese wollen wir bedarfsgerecht und nutzerorientiert etablieren.

- 7.) Auch ausreichend PKW-Parkplätze an Bahn- und Busknotenpunkten schaffen die Möglichkeit, Teilstrecken mit dem ÖPNV zurückzulegen. Bahnhöfe, die gut an überregionale Fahrradwege angebunden sind, Haltestellen mit überdachten und sicheren Fahrradstellplätzen und Ladestationen für Pedelecs und E-Scooter sowie Erleichterungen für die Fahrradmitnahme in Zügen können darüber hinaus zu einem nutzerfreundlichen ÖPNV beitragen. Neben einer grundsätzlich barrierefreien Gestaltung von Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten braucht es auch flächendeckend aktuelle, korrekte sowie gut lesbare Fahrpläne.
- 8.) Wir wollen den Alltagsradverkehr stärken, indem wir Radschnellverbindungen ausweiten und ausbauen, die gerade im Großraum Saarbrücken eine schnelle und preiswerte Mobilitätsalternative in den Sommermonaten ermöglichen. Gerade die E-Mobilität macht das Rad im Alltagsverkehr im ganzen Land zu einer echten Alternative. Dafür müssen wir jedoch das Radwegenetz verbessern und mehr tun für die Sicherheit im Straßenverkehr etwa durch bessere Markierungen, Beleuchtungen und Verkehrsführungen, die die Sicherheit des Radfahrers besser berücksichtigen.
- 9.) Auch die Förderung der klassischen Fahrgemeinschaft ist uns wichtig. Dafür wollen wir weiterhin die Infrastrukturen bei P+R-Parkplätzen verbessern und intelligente digitale Lösungen zur Bildung auch spontaner Fahrgemeinschaften fördern. Außerdem fordern wir eine bessere Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten an den ÖPNV unter besonderer Berücksichtigung von Angebot und Taktung.
- 10.) Eine neue Saar-Lor-Lux-Bahnstrecke (Illingen – Lebach – Dillingen – Luxemburg) sowie eine Verbesserung des ÖPNV im Großraum Saarbrücken/Lothringen schaffen eine weitere Aufwertung des bestehenden Angebots. Dies wird auch grenzüberschreitende Pendlerverkehre unterstützen. Beispielsweise wird die grenzüberschreitende Berufsausbildung durch eine gute Anbindung im Grenzraum enorm erleichtert.
- 11.) Neue Wege bedeuten aber auch den ÖPNV für viele Saarländer durch digitale Möglichkeiten einfach zugänglicher zu machen. Mit der Einführung einer Saarland-App „Ein Land. Viele Wege.“ wird die Routenfindung, Buchung und Bezahlung aus einer Hand möglich sein (Beispiel: App „Jelbi“ der Berliner Verkehrsbetriebe, die verkehrsträgerübergreifend die Mobilitäts-Angebot bündelt). Darüber hinaus braucht es für die Fahrgäste die Möglichkeit, von zu Hause aus bequem Wege zu planen und Preise abzufragen, auch ohne App. Darüber hinaus müssen digitale Anzeigetafeln an Bahn- und Bushaltestellen sowie innerhalb der Verkehrsmittel eine stets aktuelle Auskunft über die nächsten möglichen Verbindungen geben, um dem Bürger auch unterwegs ein verlässlicher Partner zu sein und die Reise mit dem ÖPNV so einfach und komfortabel wie möglich zu gestalten. Leistungsfähige W-LAN-Netze in Bus und Bahn steigern deren Attraktivität.

Für einen attraktiven ÖPNV für alle Saarländer wollen wir bis 2025 neue Wege gehen. Dabei sind wir offen gegenüber neuen Konzepten und Lösungen. Eine zukunftsfähige Struktur und die Nutzung digitaler Möglichkeiten bilden hierfür das Fundament.

Unser Anspruch: Ein Land. Eine Struktur. Ein Ticket.

Beschluss A4

Das Saarland besser an den Fernverkehr auf der Schiene anbinden

Wir fordern, dass das Saarland durch den von der Deutschen Bahn geplanten Deutschlandtakt deutlich bessere Fernverkehrsverbindungen erhält. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass es von Saarbrücken aus wieder mehr schnelle Direktverbindungen in andere Landeshauptstädte sowie nach Berlin gibt. Auch die Verbindung nach Straßburg muss erheblich verbessert werden.

Um die Anbindung des Saarlandes an den Norden weiter zu stärken, braucht es eine ICE-Sprinter-Verbindung nach Frankfurt. Dadurch würde mit dem Frankfurter Flughafen auch die schnelle Erreichbarkeit dieses Drehkreuzes in die ganze Welt erreicht. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Umsetzung der im Aachener Vertrag vereinbarten Stärkung der Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt (POS-Nord).

Darüber hinaus muss auch weiter an den Zugverbindungen für Pendler im Kurz- und Mittelstreckenbereich gearbeitet werden, so beispielsweise an einer direkten Verbindung nach Luxemburg durch die Reaktivierung der Niedtalbahn sowie die Anbindung an die Schnellstrecke ab Bouzonville, ggf. mit den Partnern der Großregion.

Wir fordern alle Verantwortungsträger seitens Politik und Bahn – ob im Land, in der Großregion oder im Bund – auf, sich für eine bessere Anbindung des Saarlandes an den Fernverkehr auf der Schiene einzusetzen.

Zusammen für Stahl und Auto – Unser Saarland muss Industrieland bleiben!

Das Saarland ist Industrieland und muss es auch bleiben. Stahl und Auto sichern heute Arbeit, Wohlstand und Wertschöpfung bei uns an der Saar. Die Stahlindustrie zählt mit rund 22.000 direkt und indirekt Beschäftigten und ihrer Einbindung in weitere Wertschöpfungsketten auch im Dienstleistungsbereich ebenso wie die Automotivebranche mit 44.000 Arbeitsplätzen zu den größten Arbeitgebern unseres Landes. Das Saarland ist sogar der drittgrößte Automotive-standort der Bundesrepublik.

Auto und Stahl stehen vor großen Herausforderungen. Disruptive Prozesse erfordern eine gemeinsame Kraftanstrengung. Neben die konjunkturellen Herausforderungen treten der Brexit, Handelsauseinandersetzungen, Dumpingstähle und ungleiche Umweltkosten ebenso wie neue Technologien beim Antrieb und Entwicklungen hin zum autonomen Fahren.

Die CDU Saar steht zu diesen Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Unser Hochleistungsstahl, sauber und sozial produziert, wird auch künftig weltweit nachgefragt werden. Wenn die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie ins Ausland abwandern, wäre das eine Schande für Deutschland und ein Bärendienst für den weltweiten Klimaschutz. Als Schlüssel- und Zukunftsbranche ist die Produktion von Roheisen und Stahl von grundlegender Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Hier bedarf die EU einer gewissen Autarkie, um sich nicht von Produkten aus Staaten mit deutlich geringeren Umweltstandards, unsozialeren Arbeitsbedingungen sowie zum Teil undemokratischen politischen Bedingungen abhängig zu machen.

Wir als CDU Saar stehen zu Stahl und Auto. Wir werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen und stehen solidarisch an der Seite der Frauen und Männer, die in diesen Branchen beschäftigt sind.

Wir werden weiter den Transformationsprozess mit allen Kräften und politischen Maßnahmen begleiten. Ansiedlungserfolge wie das neue Forschungs- und Entwicklungslabor für Cybersecurity der ZF durch unseren Ministerpräsidenten Tobias Hans stehen exemplarisch dafür, wie traditionelles Produktionsknowhow mit unseren Stärken in der Forschung und Entwicklung erfolgreich zusammengeführt werden können. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze in der Produktion gesichert.

Die Stahlindustrie zählt mit ihren 22.000 direkten bzw. indirekten Beschäftigten und ihrer Einbindung in lange Wertschöpfungsketten zu den Schlüsselsektoren der Saarwirtschaft und darüber hinaus.

Aus Sicht der CDU Saar müssen in der aktuellen Debatte über die saarländischen Stahlindustrie so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten bleiben. Sofern nicht zu vermeiden, müssen die anstehenden Entscheidungen der Tarifpartner über Personalanpassungsmaßnahmen sozialverträglich, also ohne betriebsbedingte Kündigungen, erfolgen.

Wir richten unseren dringenden Appell auch nach Berlin und Brüssel. Dies betrifft zum einen die außenhandels-, energie- und klimaschutzpolitischen Herausforderungen des Stahlsektors, bei denen dringend Abhilfemaßnahmen erforderlich sind. Zum anderen sollten der heimischen Stahlindustrie die ertragsseitigen Spielräume für Investitionen in CO₂-ärmere Zukunftstechnologien eingeräumt werden. Bund und Europäische Union müssen durch ein signifikantes Investitionsprogramm den ökologischen Umbau der Stahlbranche unterstützen.

Wir fordern:

- Schutzklauselmaßnahmen der EU im Stahlsektor erneut zu überprüfen und anzupassen, um den massiven zollbedingten Handelsumlenkungen aus Drittstaaten wirksam entgegenzutreten und der deutlich eingetrübten Lage im Stahlsektor angemessen Rechnung zu tragen,
- bei der Umsetzung der novellierten EU-Emissionshandelsrichtlinie alle verfügbaren und geeigneten Optionen auszuschöpfen, um Nachteile für die heimischen Grundstoffindustrien im internationalen Wettbewerb zu verhindern,
- die Voraussetzungen für eine vollumfängliche Kompensation der emissionshandelsbedingten Stromkostensteigerungen zu schaffen,
- die Einführung eines neuen CO₂-Grenzabgabensystems zu prüfen, das mit dem Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO vereinbar ist,
- bei der Umsetzung des Bundes-Klimaschutzgesetzes, des Klimaschutzprogramms 2030 und der nationalen CO₂-Bepreisung keine Maßnahmen zu Lasten der Stahl- und Grundstoffindustrien auf den Weg zu bringen, die den parallel greifenden EU-Emissionshandel konterkarieren und zu Doppelbelastungen führen,
- die von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundes empfohlene staatliche Bezuschussung der Übertragungsnetzbetreiber zur Senkung der Stromnetzentgelte möglichst zeitnah beihilferechtlich und netzregulatorisch abzuschließen,
- beim notwendigen Innovationssprung der heimischen Stahlindustrie hin zu einer weitgehend CO₂-neutralen Produktion von Stahlerzeugnissen zukunftsweisende, technologieoffene und mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattete Förderprogramme aufzulegen, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, aber auch großmaßstäbliche Projekte der Stahlindustrie zielgerichtet und praktikabel unterstützen.

Die Vitalität unserer Wälder erhalten

Gesunde Wälder sind unverzichtbar: Als Wasserspeicher und Luftfilter, als Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten, als Kohlenstoffspeicher, als Erholungs- und Rückzugsort sowie als Lieferant des ökologischen Rohstoffes Holz sind sie eine grundlegende Säule zur Sicherung intakter Natur- und damit Lebensverhältnisse. Umso mehr müssen wir uns sorgen, dass unsere Wälder derzeit aus verschiedenen Gründen stark angegriffen sind – etwa aufgrund des Klimastresses, gestiegener Luftschadstoffe, zunehmenden Befalls durch Schadinsekten oder des Wildverbisses junger Pflanzen. Wir sind daher gefordert, alles zu tun, um die Vitalität unserer Wälder zu erhalten. Im Vordergrund muss dabei stehen, die Selbstheilungskräfte des sehr komplexen Ökosystems Wald zu unterstützen und zu stärken.

- Das Saarland bewirtschaftet seinen Staatswald seit nunmehr 30 Jahren nach den Grundsätzen der naturnahen Waldwirtschaft. Diese Waldbewirtschaftung ist bundesweit vorbildlich. Besonders positiv ist, dass sich bei Fragen des Umganges mit dem Wald im Saarland zwischen der CDU-geführten Landesregierung, dem Saarforst sowie den Umweltverbänden über die Jahre eine lebendige und konstruktive Kultur des Dialogs entwickelt hat. Diese wollen wir weiter fördern.
- Die vom Menschen verursachten Stressfaktoren für unsere Wälder müssen deutlich verringert werden. Es darf etwa nicht alles Holz, was Jahr für Jahr wächst, wieder eingeschlagen werden. Stattdessen muss stets der Grundsatz einer naturnahen Waldwirtschaft angestrebt werden, um die Vitalität unserer Wälder zu erhalten.
- Um die waldökologischen Belastungen in einem vertretbaren Rahmen zu halten, haben die mit der Holzproduktion verbundenen Ertragserwartungen sich stets an der Regenerations- und Anpassungsfähigkeit unserer Wälder zu orientieren. Wir fordern das Umweltministerium und den Saarforst auf, stärker hierauf zu achten und im Zweifelsfall fiskalische Erwägungen zum Wohle der Waldgesundheit zurückzustellen.
- Wir brauchen eine angepasste und artenreiche Wilddichte, die dem Hegeauftrag des Bundesjagdgesetzes entspricht und die natürliche Verjüngung der heimischen bzw. dem Standort entsprechenden Baumarten ermöglicht. Nur so kann das Wald-Ökosystem von sich aus die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen. Das Pflanzen neuer Bäume ist dabei immer nur die zweitbeste Lösung: Besser ist es, wenn der Wald sich von sich aus verjüngen kann, also neue junge Bäume unter dem Schutz der Altbäume keimen und wachsen können. Die Anstrengungen hierfür sollen daher verstetigt werden.

Das Saarland war das erste Bundesland, das die naturnahe Waldwirtschaft im gesamten Staatswald eingeführt hat. Mit dem „Urwald vor den Toren der Stadt“ und dem Nationalpark Hunsrück-Hochwald hat die CDU-geführte Landesregierung auch zwei große Waldschutzgebiete ausgewiesen, in denen keine Holznutzung mehr stattfindet. Durch eine Änderung des Landeswaldgesetzes haben wir den historisch-alten Wald im Saarland gesichert, sodass er nicht durch eine konkurrierende Nutzung (z.B. Windräder) gefährdet werden kann. Die aktuelle Entwicklung bestätigt uns darin, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen und neue Herausforderungen durch den Klimawandel entschlossen anzupacken. Die Gesundheit unserer Wälder hat dabei Vorrang für sonstigen Interessen.

Ein Klimaschutzkonzept für das Saarland beschließen und umsetzen

Die Beschlüsse der Bundesregierung vom 20. September (Eckpunkte Klimaschutzpaket) und vom 23. Oktober 2019 (Zertifikate für CO₂) zum Klimaschutz eröffnen für das Saarland eine Reihe von Chancen, weil der Bund die Einnahmen aus der Bepreisung von CO₂ in den kommenden Jahren in Form von Förderungen für Maßnahmen des Klimaschutzes wieder ausschütten wird. Es muss das Ziel sein, dass das Saarland von diesen Fördermaßnahmen bestmöglich profitiert.

Ein wirksamer Klimaschutz lässt sich nicht durch eine einzige Maßnahme erreichen; er erfordert vielmehr ein Bündel von Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen. Deshalb fordern wir die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes für das Saarland, in dem nach einer klimapolitischen Bestandsaufnahme konkrete Maßnahmen vor allem für die Bereiche Gebäude, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung dargestellt werden.

Auch für den Ausbau der erneuerbaren Energie braucht es neue Ziele, die an das Ausbauziel der Bundesregierung (65 Prozent erneuerbar erzeugter Strom bis 2030) anknüpfen und dieses auf das Saarland herunterbrechen.

Bei der Erarbeitung dieses Klimaschutzkonzeptes wollen wir die Industrie, das Handwerk und den Handel ebenso einbinden wie die Schulen und Hochschulen und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Die Landesregierung muss dabei eine Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz wahrnehmen. Daher muss die Investitionsoffensive auch genutzt werden, um nachhaltig in Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Sanierung von Landesliegenschaften zu investieren.

Einreichung von Wahlvorschlägen durch Online-Portal erleichtern

Die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, ein Online-Portal auf den Weg zu bringen, mit dem die Unterlagen für die Einreichung von Wahlvorschlägen zu Kommunal-, Direkt- und Landtagswahlen elektronisch ausgefüllt, verwaltet und heruntergeladen werden können.

Befreiung von Mehrwertsteuerpflicht für Weiterbildungen im Ehrenamt

Die CDU Saar setzt sich dafür ein, dass zukünftig Weiterbildungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, die dem Gemeinwohl dienen (z. B. im sozialen oder politischen Bereich), von der Mehrwertsteuer zu befreien.

Regionale Produkte in unseren Schulen fördern

Sich regional und saisonal zu ernähren, ist ein wirksames Instrument gegen Ressourcenverschwendung und zur Bekämpfung des Klimawandels. Durch die Vermeidung langer Transportwege werden verkehrsbedingte CO₂ – Emissionen reduziert und es kommt zu weniger Lebensmittelverlusten durch den Transport weg. Zudem bedeutet der Rückgriff auf lokale Lebensmittelprodukte eine Chance für die regionale Landwirtschaft durch den Verbleib der Wertschöpfung in der Region. Und das Beste: Regionale Produkte schmecken. Zu wissen, woher das Fleisch, das Gemüse und das Obst tatsächlich kommen, verschafft Nähe und Wertschätzung für die Produkte unserer Landwirtschaft. Daher wollen wir regionale Ernährung stärken. Wir wollen als öffentliche Hand daher Vorbild sein und werden nach dem Vorbild der Strategie „Je mange normand dans mon lycée!“ der Région Normandie unseren Einfluss dafür geltend machen, dass in öffentlichen Kantinen regionale Produkte verstärkt zum Einsatz kommen und die Speisenpläne sich an der jeweiligen Jahreszeit saisonal orientieren, indem die Produkte verarbeitet werden, die von der lokalen Landwirtschaft gerade geerntet werden. Gerade in Schulen bietet das auch die Möglichkeit, sich näher und intensiver mit Fragen der Ernährung und Lebensmittel auseinander zu setzen, um so Wissen um und Wertschätzung für Lebensmittel zu stärken. Unser Ziel ist es, dass 80 % aller in öffentlichen Kantinen verarbeiteten Lebensmittel aus regionaler Produktion stammen.

Entlastung der Energieverbraucher

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Stromsteuer abzuschaffen oder ein schnelles Auslaufen der EEG-Umlage durchzusetzen.

Beschluss A12

Nachhaltigkeit als Verfassungsprinzip

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit soll als Staatsziel in die Verfassung des Saarlandes aufgenommen und als verbindliches Handlungsprinzip für die Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt und als Auslegungsgrundsatz für die Rechtsprechung festgeschrieben werden.

Beschluss A13

Betriebsrenten

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, den Beschluss des CDU Bundesparteitags vom 07.12.2018 zur Halbierung des Krankenversicherungsbeitrags bei Betriebsrenten umzusetzen.

Beschluss A14

Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Luxemburg

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, das Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg anzupassen, die Anzahl der möglichen Tage im Homeoffice auf 52 zu erhöhen und zu vereinbaren, dass die Steuereinnahmen für diese Tage mit der Bundesrepublik Deutschland geteilt werden. Zudem soll geprüft werden, ob darüber hinaus eine Beteiligung deutscher Kommunen an den Lohnsteuereinnahmen von Grenzgängern möglich ist.

Beschluss A15

Besetzung der Ausschüsse in den Räten nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen

Die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, auf eine Änderung des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes hinsichtlich der Besetzung von Ausschüssen kommunaler Räte hinzuwirken. Damit soll erreicht werden, dass künftig die Ausschusssitze auf die im Rat vertretenen Parteien und Wählergruppen entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt verteilt werden. Eine Wahl wird dadurch obsolet.

Feste Zahl von Delegierten zum Landesparteitag sowie Vertretern zur Landesvertreterversammlung – Änderung der Satzung der CDU Saar

1. Neufassung von § 23 Abs. 2 (Der Landesparteitag):

Dem Landesparteitag gehören an:

1. 380 Delegierte der Kreisverbände, die im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Kreisverbände entsandt werden. Die Delegierten werden von den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände gewählt. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Kreisverbände erfolgt im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Bei der Verteilung der Delegierten auf die Ortsverbände sind die Ortsverbände zunächst in der Reihenfolge der Mitgliederstärke zu berücksichtigen; verbleibt ein Rest, verteilt sich dieser auf die Ortsverbände nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt.

2. die Mitglieder des Landesvorstandes.

2. Neufassung von § 37 Abs. 2 (Aufstellung der Kandidaten für die Landesliste zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag und zum Landtag des Saarlandes):

Der Landesvertreterversammlung gehören 380 Vertreter der Kreisverbände an, die im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Kreisverbände entsandt werden. Die Vertreter werden von den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände gewählt. Die Verteilung der Vertreter auf die einzelnen Kreisverbände erfolgt im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Bei der Verteilung der Vertreter auf die Ortsverbände sind die Ortsverbände zunächst in der Reihenfolge der Mitgliederstärke zu berücksichtigen; verbleibt ein Rest, verteilt sich dieser auf die Ortsverbände nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt.